

Stadtrat der Stadt Suhl
Vorsitzender

25.03.2010

PROTOKOLL der 12. Sitzung des Stadtrates der Stadt Suhl am 24.03.2010

Ort: Oberrathaussaal

Zeit: 17.00 – 20.40 Uhr

Sitzungsleiter: Vorsitzender des Stadtrates, StR-Mitgl. Herr Korn

Tagesordnung:

1. Nichtöffentliche Sitzung (zur Abstimmung über die Behandlung von Beratungsgegenständen in nichtöffentlicher Sitzung entsprechend Thüringer Kommunalordnung § 40 (1))

Öffentliche Sitzung

2. Behandlung von Anfragen entsprechend § 25 (5) der Geschäftsordnung (schriftliche oder mündliche Anfragen der Bürger an einzelne Stadtratsmitglieder, den Oberbürgermeister, Beigeordnete oder Ausschussvorsitzende)
3. Informationen durch den Oberbürgermeister
4. Diskussion und Beschlussfassung zur Erklärung der Stadt Suhl zur aktuellen Frage der Kreisfreiheit der Stadt Suhl
5. Bericht der ARGE zum Beschäftigungsstand und zu laufenden Projekten
6. Behandlung von Beschluss-Vorlagen
7. Behandlung von Anträgen
8. Kenntnisnahme von Informationen und Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters
9. Behandlung von Anfragen entsprechend § 25 (1) der Geschäftsordnung
10. Nichtöffentliche Sitzung

Zum Tagesordnungspunkt 1:

Nichtöffentliche Sitzung zur Abstimmung über die Behandlung von Beratungsgegenständen in nichtöffentlicher Sitzung entsprechend Thüringer Kommunalordnung § 40 (1)

Öffentliche Sitzung

. Bekanntgabe der aktuellen Anwesenheit

Von 36 Stadtratsmitgliedern zuzüglich Oberbürgermeister sind:
 32 anwesend = 86,5 %
 5 fehlen entschuldigt.

Damit ist der Stadtrat beschlussfähig.

. Abstimmung gemäß § 22 (3) der Geschäftsordnung über das Rederecht für Gäste

Geschäftsordnungsantrag Nr. 19/2010

Rederecht für

- Herrn Grauling, Geschäftsführer des Job-Center ARGE Suhl, zum TOP 5 „Bericht der ARGE zum Beschäftigungsstand und zu laufenden Projekten“
sowie
- Herrn Schultz, FIRU mbH Berlin, zur Vorlage 1 „Bestätigung des „Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Suhl 2025“ (Phase II)“

Über den GO-Antrag wird folgendermaßen abgestimmt:

dafür 32 Stimmen
 Gegenstimmen 0
 Stimmenthaltungen 0 von 32 Stimmberechtigten

Damit ist der GO-Antrag angenommen und die genannten Gäste erhalten das Rederecht zum Tagesordnungspunkt 5 bzw. zur Vorlage 1.

. Abstimmung über die Tagesordnung:

Über die Tagesordnung wird folgendermaßen abgestimmt:

dafür 32 Stimmen
 Gegenstimmen 0
 Stimmenthaltungen 0 von 32 Stimmberechtigten

Damit ist die Tagesordnung bestätigt.

Zum Tagesordnungspunkt 2:

**Behandlung von Anfragen entsprechend § 25 (5) der Geschäftsordnung
 (schriftliche oder mündliche Anfragen der Bürger an einzelne Stadtratsmitglieder, den
 Oberbürgermeister, Beigeordnete oder Ausschussvorsitzende)**

Es werden keine Anfragen durch Bürger gestellt.

Zum Tagesordnungspunkt 3:
Informationen durch den Oberbürgermeister

. Abstimmung über das Protokoll der 11. Sitzung des Stadtrates Suhl am 24.02.2010

137/34/2010

Protokoll der 11. Sitzung des Stadtrates Suhl am 24.02.2010

Über das Protokoll der 11. Sitzung wird folgendermaßen abgestimmt:

dafür	32 Stimmen		
Gegenstimmen	0		
Stimmenthaltungen	0	von	32 Stimmberechtigten

Damit ist das Protokoll der 11. Sitzung beschlossen.

. Informationen des Oberbürgermeisters

- Zur evtl. Einführung von fair gehandeltem Kaffee des „Eine Welt Laden“ in der Kantine der Stadtverwaltung nach Rücksprache mit den Fraktionen
- Aufruf zum Frühjahrsputz in der Stadt am 27.03.10
- Dank an alle, die im Winterdienst und bei der Schneeberäumung in der Stadt geholfen haben
- zur Förderung des 25 m Schießstandes im SSZ durch den Freistaat und die damit verbundene Senkung des städtischen Eigenanteils von 240 T€ auf 80 T€
- zur Kündigung des Vertrages für den Rettungsdienst durch den DRK Kreisverband wegen Aufgabe des Geschäftsfeldes
- zu periodischen Messungen der Quecksilberwerte auf städtischen Grundstücken (liegen z. Zt. zw. 1/100 und 5/100 des vorgeschriebenen Grenzwertes)
- zur Solareinspeisung: im Jahr 2010 wurden bis jetzt 28.000 kwh Sonnenenergie auf der Deponie gewonnen
- zur Umsetzung des Konjunkturpaketes (Information liegt in den Mappen)

Zum Tagesordnungspunkt 4:

Diskussion und Beschlussfassung zur Erklärung der Stadt Suhl zur aktuellen Frage der Kreisfreiheit der Stadt Suhl

dazu:

138/35/2010

Antrag zum TOP 4: (DIE LINKE., CDU, SPD, Aktiv für Suhl, FDP, Freie Wähler Suhl, Oberbürgermeister)

Gemeinsamer Antrag an den Stadtrat der Stadt Suhl zur Sitzung am 24.03.2010

- Erklärung der Stadt Suhl zur aktuellen Frage der Kreisfreiheit der Stadt Suhl

Oberbürgermeister, Herr Dr. Triebel

- Der Antrag zur Beschlussfassung der Erklärung wurde von allen Fraktionsvorsitzenden unterschrieben;
- sie wird eine wichtige Signalwirkung entfalten, wenn der Suhler Stadtrat sich möglichst einstimmig dazu bekennt;
- es wurde nicht zu drastisch formuliert, da es nicht nur ein Suhler Problem ist, sondern ganz Thüringen betrifft;
- den Weg in Richtung Aufgabenkritik, in Richtung Gebietsreform, möchte er mit den Stadträten und in enger Zusammenarbeit mit den anliegenden Kreisen ringsum und möglichst mit dem ganzen Freistaat gestalten, denn nur gemeinschaftlich kann man zum Ziel gelangen;
- zum Thema des künftigen Sitzes der Kreisstadt eines möglichen künftigen Kreises wurden extra keine Aussagen gemacht, aber es muss klar sein, dass 2/3 der Menschen in Thüringen in Städten leben und die Arbeit (kulturell, verwaltungsseitig, sozial, medizinisch) in den Städten geleistet wird – dies muss eine Prämisse für die künftige Strukturreform sein;
- die finanzielle Lage der Kommunen ist nicht nur ein Suhler Problem, sondern ein gesamtdeutsches;
- mit dieser Erklärung soll die Zusammenarbeit mit den Partnern im Freistaat zeitnah angestoßen werden.

Fraktion der CDU, StR-Mitgl. Herr Wirthwein

- Er hat die Erklärung im Namen der CDU unterschrieben, wohl wissend, dass es auch andere Formulierungen hätten sein können;
- aber die beiden Hauptziele sind richtig:
 - Signal in Richtung Landesregierung setzen, dass Suhl zu Gesprächen bereit ist,
 - der Landesregierung sagen, dass sie die Regie übernehmen soll, denn es ist ihre gesetzlich vorgeschriebene Aufgabe;
- nur auf die Aufgabe der Kreisfreiheit der Städte zu setzen, ist zu kurzfristig gedacht;
- es muss ganz Südthüringen, vielleicht sogar ganz Thüringen betrachtet werden;
- mit der Erklärung wird gezeigt, dass die Stadt Suhl für alle Varianten offen ist;
- die Summe der Vorteile muss die Summe der Nachteile für die Stadt überwiegen, dafür muss sich der Stadtrat einsetzen;
- nach dem heutigen Wissensstand gibt es nur eine Möglichkeit, nämlich das Zentrum Südthüringens, das Städtepaar Suhl – Zella/Mehlis zu stärken;
- die Richtung der Stärkung der Fläche unter Beachtung sämtlicher Faktoren der demografischen Entwicklung ist falsch, auch im Hinblick auf die umliegenden Zentren in Bayern und Hessen, im Hinblick auf die Stärkung der Wirtschaft sowie im Hinblick auf evtl. Schwächung von Suhl bei der Erfüllung der Umlandfunktionen;

- versuchen, schnellstens Herrn Minister Huber nach Suhl einzuladen, damit er die Struktur von Suhl kennen lernt.

Änderungsantrag der Fraktion CDU, StR-Mitgl. Herr Kalkhake

Sie beantragen folgende Änderungen:

1. Punkt 5 wird Punkt 1 und wie folgt geändert: Wir bitten die Thüringer Landesregierung, die in ihrer Zuständigkeit liegende Kompetenz (Gesetzgebungskompetenz) zur Umgestaltung der Gebietskörperschaften zu initiieren und eine übergreifende Moderation zu führen.
2. letzten Satz des neuen Punktes 3 ersatzlos streichen.

Fraktion der SPD, StR-Mitgl. Fau Müller

- Das Thema wurde ausführlich in der Fraktion und im Kreisverband beraten;
- mit der Freiwilligkeit, die der Minister in den Raum gestellt hat, wird nicht viel erreicht werden;
- es muss in der Erklärung festgehalten werden, dass von Seiten des Landes moderiert und aktiver eingegriffen werden muss, sonst wird es zu keiner Einigung kommen;
- Suhl ist für alles offen, aber richtig ist auch, dass nicht nur über die Aufgabe der Kreisfreiheit gesprochen werden darf, sondern auch über eine mögliche Kreisstadt Suhl, denn Suhl hält bereits jetzt viele Dinge für das Umland vor;
- es muss eine Lösung für Südthüringen, evtl. ganz Thüringen gefunden werden.

Fraktion Aktiv für Suhl, StR-Mitgl. Herr Hornschuch

- Sie waren etwas zurückhaltend mit der Unterschrift, weil sie die Eile nicht verstanden haben, denn bisher wurde das Thema eher schleppend behandelt;
- Kritik gibt es dahin, dass sich der Stadtrat bisher zu keinen konzeptionellen Überlegungen verständigt hat, ein Schnellschuss nützt nichts;
- nur mit einer Konzeption können die Vor- und Nachteile wirklich bewertet werden;
- ihre Kritik hat nichts mit „Bezirksstadtdenken“ zu tun;
- die Erklärung soll dem Land sagen, dass Suhl zu Gesprächen bereit ist: „Aber was wollen wir sagen, wenn es zu diesen Gesprächen kommt?“ – das ist nicht klar;
- sie sind in dieser Frage auch offen, sie haben bereits in ihrem Wahlprogramm die Idee eines Rennsteig-Landkreises angesprochen;
- wichtig ist, dass bei der Gebietsreform bürgerfreundliche und dem Gemeinwohl dienende Gebietsstrukturen entstehen – das muss der Maßstab sein.

Fraktion DIE LINKE., StR-Mitgl. Frau Leukefeld

- Die Zeit ist überfällig, denn es ist die Verantwortung des Stadtrates gewesen, den Beschluss zur Arbeitsgruppe (Prüfung Pro und Contra Kreisfreiheit) richtig umzusetzen;
- richtig ist, dass der Stadtrat sich mit einer solchen Erklärung an die Öffentlichkeit wendet, denn es geht nicht, dass die Verantwortung für die Gebietsreform hin und her geschoben wird;
- im Landtag war die Gebietsreform heute Thema: FDP – alles bleibt, wie es ist; CDU – an einer Gebietsreform wird derzeit nicht gerüttelt; DIE LINKE. – Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform wird benötigt; die anderen Fraktionen – Aufgabenkritik/ konzeptionelle Vorstellung wird benötigt;
- Insellösungen bringen keine Abhilfe, eine rein fiskalische Betrachtung ist ebenfalls falsch – ein Prozess miteinander muss angeschoben werden, bei dem das Land eine moderierende Funktion übernimmt;
- aber ohne eine Analyse und Überlegungen/Varianten wird es nicht funktionieren;

- Frage an die CDU, ob sie mit folgender Änderung einverstanden wäre: anstatt den letzten Satz im neuen Punkt 3 zu streichen, ändern in: Dies schließt sowohl die Frage nach der Kreisfreiheit der Stadt Suhl als auch die notwendige Stärkung der zentralen Orte für die Zukunft ein.

Oberbürgermeister, Herr Dr. Triebel

- Dem Ziel der Begegnung auf gleicher Augenhöhe dient die heutige Vorlage;
- zum Konzept: bei der vorletzten Konferenz zum ISEK hat Herr Walther den Begriff „Großkreis Suhl“ erwähnt, was aber nicht heißen soll, dass ein entsprechendes Konzept vorhanden ist;
- ein Konzept kann man für sein eigenes Handeln aufstellen, das macht die Stadt indem sie heute über das ISEK abschließend berät, wird auch so beim Kulturkonzept gemacht und an vielen anderen Stellen;
- konzeptionelles Handeln definiert die eigene Handlungsweise in der Zukunft;
- Suhl ist in einem Prozess, den Suhl nicht allein gestaltet und gestalten kann, bei dem Suhl auf einem partnerschaftlichen Weg mit den Nachbarn und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Parlament, des Thüringer Landtages und der Landesregierung angewiesen ist;
- das ist Grund genug, Vorstellungen zu haben.

Die Fraktion der CDU ist mit der Änderung ihres 2. Änderungsantrages einverstanden, wenn es dem Konsens dient.

StR-Mitgl. Herr Lämmerzahl nimmt an der Sitzung teil = 33 Stimmberechtigte anwesend.

Über den Änderungsantrag der Fraktion CDU, Punkt 1, wird folgendermaßen abgestimmt:

dafür	33 Stimmen		
Gegenstimmen	0		
Stimmenthaltungen	0	von	33 Stimmberechtigten

Damit ist der Änderungsantrag, Punkt 1, angenommen.

Über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. wird folgendermaßen abgestimmt:

dafür	33 Stimmen		
Gegenstimmen	0		
Stimmenthaltungen	0	von	33 Stimmberechtigten

Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

*Der **neue** Text der Erklärung lautet:*

1. Wir bitten die Thüringer Landesregierung, die in ihrer Zuständigkeit liegende Kompetenz (Gesetzgebungskompetenz) zur Umgestaltung der Gebietskörperschaften zu initiieren und eine übergreifende Moderation zu führen.

2. Grundsätzlich stimmen wir mit der Thüringer Landesregierung, hier vertreten durch deren Innenminister mit seiner Erklärung vom 08.03.2010, überein, dass eine geordnete finanzielle Haushaltslage von überlebensnotwendiger Bedeutung für das Land und unsere

Stadt ist.

3. In Anbetracht des sich in Suhl seit 1990 bis heute vollzogenen Bevölkerungsrückgangs, welcher nach allen vorliegenden Prognosen auch noch in Zukunft andauern wird und deshalb im Jahr 2009 durch den Stadtrat der Stadt Suhl in einem Stadtentwicklungskonzept (ISEK) berücksichtigt wurde, sind wir bereit, auf die veränderten Rahmenbedingungen angemessen zu reagieren und mit den benachbarten Landkreisen und dem Freistaat Thüringen ergebnisoffen und vorbehaltlos über notwendige strukturelle Veränderungen zu beraten und gemeinsam nach vernünftigen Lösungen zu suchen. **Dies schließt sowohl die Frage nach der Kreisfreiheit der Stadt Suhl als auch die notwendige Stärkung der zentralen Orte für die Zukunft ein.**
4. Das Ziel einer solchen Diskussion kann sich jedoch nicht darin erschöpfen, dass einzig und allein aus rein fiskalischen Gründen darüber debattiert wird, ob die Stadt Suhl auch in Zukunft kreisfrei bleiben soll.
5. Die Tatsache, dass Stadtgrenzen zugleich auch Kreisgrenzen sind, zieht nach sich, dass zumindest die benachbarten Landkreise an einer solchen Debatte zwingend zu beteiligen sind mit dem Ziel, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Region in einer Allianz der Vernunft zu neuen leistungsfähigen, bezahlbaren, aber auch bürgerfreundlichen Strukturen zu kommen.

Über den geänderten Antrag zum TOP 4 wird folgendermaßen abgestimmt:

dafür 33 Stimmen	
Gegenstimmen 0	
Stimmenthaltungen 0	von 33 Stimmberechtigten

Damit ist der geänderte Antrag zum TOP 4 beschlossen.

Zum Tagesordnungspunkt 5:

Bericht der ARGE zum Beschäftigungsstand und zu laufenden Projekten

Gast: Herr Grauling, Geschäftsführer des Job-Center Arbeitsgemeinschaft Suhl

Der Bericht von Herrn Grauling, Geschäftsführer des Job-Center Arbeitsgemeinschaft Suhl, liegt dem Protokoll bei.

Fraktion der SPD, StR-Mitgl. Frau Müller

- Bedankt sich bei Herrn Grauling und den Mitarbeitern des Job-Center für die geleistete Arbeit;
- an den dargelegten Zahlen wird deutlich, wie gut das Team arbeitet und welche Verbesserungen es für 2010 noch vorgesehen hat;
- im Vergleich zu den anderen Jahren fällt auf, dass die Integrationsquote zurück gegangen ist, besonders bei Jugendlichen unter 25 Jahren, und dass es eine Steigerung bei den Arbeitslosen um 5,4 % gibt;
- Herr Grauling sagte, dass der Arbeitsmarkt deutlich geringer aufnahmefähig war;
- sie bittet um eine Erklärung zu den beiden genannten Kennziffern.

Herr Grauling, ARGE

- Von der Prognose her war im Jahr 2009 eine wesentlich schlechtere und schwierigere Wirtschaftslage vorausgesagt, als sie wirklich eingetreten ist;
- bundesweit ist das Bruttosozialprodukt „nur“ um 5 % gesunken, man hatte eine höhere Senkung befürchtet;
- die Kurzarbeit hat diesen Rückgang zum Glück abfedern können, weil ein Großteil der Firmen, auch im Suhler Verantwortungsbereich, ihre Mitarbeiter teilweise oder ganz in Kurzarbeit geschickt haben;
- dadurch konnten Entlassungen verhindert werden;
- Firmen, die in Kurzarbeit gehen, sind für die Integration von neuen Mitarbeitern für die ARGE erst einmal „verloren“;
- dadurch entstand ein Rückgang in der Integrationsquote;
- das hat sich ebenfalls bei der Integrationsquote der unter 25 Jährigen widergespiegelt;
- Suhl an sich ist als Arbeitsmarkt in der Vergangenheit schwierig gewesen, aber besser als Regionen, die von der Autoindustrie abhängig sind;
- 2010 rechnen sie mit mehr Kunden im Kundenkontakt, weil die Zahlen im ALG I stark gestiegen sind und nicht alle Kunden wieder vermittelt werden können, ein Teil davon wird sich darum bei der ARGE melden;
- es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um mit den Arbeitgebern in Kontakt zu kommen, damit die ARGE mehr Möglichkeiten des Einsatzes und der Beschäftigung für die Kunden erhält.

StR-Mitgl. Frau Leukefeld, Fraktion DIE LINKE. und Vors. Sozialausschuss

- Bedankt sich für den Bericht und die Bemühungen im Bereich des SGB;
- der Ausschuss hat sich in dieser Legislaturperiode bereits 2 mal mit diesem Thema beschäftigt (Oktober 2009 und März 2010);
- diskutiert wurde darüber, was man mehr tun kann, um in öffentlicher Beschäftigungsförderung Arbeit zu leisten und nicht nur auf den 1. Arbeitsmarkt zu schauen;
- sie haben sich verständigt, die Arbeit, die im Interesse der Stadt/Gemeinwohl liegt, soll freiwillig und ohne Zwang geleistet werden;
- Auswertung der Diskussion zum Bericht von Herrn Grauling im Sozialausschuss:
 - zur Integration gab es die Antwort: als integriert gilt, wer 7 Tage komplett aus dem Leistungsbezug raus gefallen ist,
 - 7 Tage sind der Fraktion DIE LINKE. zu wenig,
 - Problematik Aufstocker: viele Menschen beziehen Harz IV, obwohl sie nicht arbeitslos sind = in Suhl 1.100 Personen, dav. 470 in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung,
 - die Frage „Gibt es Frauen, die wegen fehlender Kindertagesstättenplätze nicht vermittelt werden können?“ wurde ganz klar verneint;
- Sperrung von 900 Mill. € bundesweit im Bundeshaushalt, welche aktive Arbeitsmarktmittel sind;
- Wenn die vorgesehene Entsperrung nicht Ende April erfolgt, welche Konsequenzen hat das? – es gibt ja entsprechende Verbindungen, auch in Suhl;
- viele Projekte können nicht weiter geführt bzw. begonnen werden;
- kritisch muss die DIE LINKE. anmerken, dass das Verhältnis zwischen den 1 €-Jobs und den ABM's, die unter sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung laufen (z. B. die Entgeltvariante) auch im letzten Jahr nicht befriedigend war;
- ihnen geht es mehr um gute Arbeit, die motivierender ist als ein 1 €-Job, auch wenn dadurch nicht so viele Menschen gefördert werden können;
- letztendlich werden auch dadurch Leistungen für die Stadt erbracht;
- das Landesarbeitsprogramm, welches mit beschlossenen Landeshaushalt kommen wird, bringt neue Möglichkeiten, z. B. Integrationszentren in allen Kreisen und kreisfreien Städten

- dadurch dürfen aber keine Doppelstrukturen geschaffen werden, die Arbeitslosen müssen tatsächlich in diesen Prozess einbezogen werden;
- bundesweit wird überlegt, das Programm Bürgerarbeit neu aufzulegen – die Stadt muss dann sehr schnell sein, um etwas auf den Weg zu bringen;
- alles ist besser, als getrennte Trägerschaften, um die Verwaltung von Arbeitslosigkeit nicht auf dem Rücken der Betroffenen auszutragen.

Bürgermeister, Herr Lamprecht

- Der jetzt gültige Vertrag zwischen Stadtverwaltung Suhl und Arbeitsagentur Suhl zur ARGE Suhl läuft am 31.12.10 aus und kann nicht verlängert werden, weil die gesetzliche Grundlage dafür nicht vorhanden ist;
- z. Zt. gibt es keine andere rechtliche Situation als in eine strikt getrennte Trägerschaft zu gehen;
- alle kooperativen Modelle sind bisher nur Diskussion;
- darum wird sich die Verwaltung zeitnah darauf einstellen müssen, ab 01.01.11 die Anspruchsberechtigten zu versorgen;
- Optionskommunen: er warnt davor, weil
 1. es eine klare Ansage der Bundesregierung und der 3 führenden Ministerien (Arbeit, Innen, Finanzen) gibt, dass auch aus verfassungsrechtlichen Gründen eine Ausweitung sehr schwer möglich ist,
 2. die Stadt eine neue Aufgabe übernehmen würde, deren zukünftige finanzielle Ausstattung noch nicht bekannt ist;
- die Verwaltung und der Ausschuss favorisieren eindeutig die Fortsetzung der ARGE in einer evtl. neuen Form;
- im Herbst wird sich mit einem Vertrag befasst, wenn zeitnah entschieden wird, wie es weiter gehen soll;
- nur über Statistiken zu reden, ist ungünstig, es stehen Menschen dahinter;
- Senkung der Zahlen der Bedürftigen geht weit über den Rückgang der Bevölkerung hinaus;
- bei den Zahlen auf dem Arbeitsmarkt gibt es zwei Schwierigkeiten:
 - neue Politik der GfAW:
 - . keine großzügige Förderung der vorgesehenen Maßnahmen mehr,
 - . neuen Maßstab der Regionalität der Maßnahmen vorgegeben,
 - . in einem Fall ist die Stadt in den Widerspruch gegangen;
 - Sperrung der 900 Mill. €:
 - . Zweckbindung in hohem Maße wurde im Stadtrat bereits beschlossen,
 - . geringer Spielraum vorhanden, falls die Mittel nicht mehr frei gegeben werden, aber alle geplanten Maßnahmen können nicht umgesetzt werden;
- Kosten der Unterkunft (Aufstocker):
 - wenn über Aufstocker geredet wird, wird über Bezieher von Leistungen Kosten der Unterkunft gesprochen,
 - diese Gelder muss die Stadt zur Verfügung stellen,
 - die Senkung der Aufstocker (z. B. durch Mindestlohn) ist sehr im Interesse der Stadt, erst wenn diese Summe aufgebraucht, zahlt die ARGE die Grundsicherung,
 - die Kommunalverbände sind sich einig, der Berechnungsmodus des Bundes bei den Kosten der Unterkunft muss geändert werden,
 - der Bund zahlt bei sinkenden Bedarfsgemeinschaften weniger dazu, die Kommunalverbände aber sagen, dass nicht die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ausschlaggebend sein darf, sondern die tatsächlichen Kosten,
 - der Bund beabsichtigt, den Anteil des Bundes von 26,4 auf 23 zu senken;
- er dankt allen Mitarbeitern bei der ARGE für die schwierige und verantwortungsbewusste Arbeit.

Zum Tagesordnungspunkt 6:
Behandlung von Beschluss-Vorlagen

139/36/2010

Vorlage 1:

Bestätigung des „Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Suhl 2025“ (Phase II)

Gast: Herr Schultz, FIRU mbH Berlin

Hinweis des Vorsitzenden, StR-Mitgl. Herrn Korn:

Die Vorlage wurde bereits am 26.02.2010 an alle Stadtratsmitglieder verteilt.

PAUSE 19.05 – 19.35 Uhr

StR-Mitgl. Herr Denner verlässt die Sitzung = 32 Stimmberechtigte anwesend.

Änderungsantrag der Fraktion der SPD, StR-Mitgl. Frau Müller

Sie beantragen einen neuen Beschlusspunkt 4: Die von den Fraktionen vorliegenden Zuarbeiten und Vorschläge sind in die weitere vertiefende Detailbearbeitung einzubeziehen. Die Nummern der anderen Beschlusspunkte ändern sich entsprechend.

Über den Änderungsantrag wird folgendermaßen abgestimmt:

dafür 27 Stimmen	
Gegenstimmen 2	
Stimmenthaltungen 2	
keine Stimmabgabe 1	von 32 Stimmberechtigten

Damit ist dem Änderungsantrag zugestimmt.

Änderungsanträge der Fraktion Aktiv für Suhl, StR-Mitgl. Frau Schmidt

Sie beantragen

1. die Änderung des Beschlusspunktes 1: (Phase II) wird als *verbindliche Handlungsgrundlage* bestätigt, *alle zukünftigen Beschlussvorlagen sind mit dem ISEK abzuwägen.*
2. die Ergänzung des Beschlusspunktes 3 am Ende: *Eine Grobablaufplanung wird dem Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss zum 14.04.2010 vorgelegt.*

Über den Änderungsantrag, Punkt 1, wird folgendermaßen abgestimmt:

dafür 8 Stimmen	
Gegenstimmen 22	
Stimmenthaltungen 2	von 32 Stimmberechtigten

Damit ist dem Änderungsantrag, Punkt 1, nicht zugestimmt.

Über den Änderungsantrag, Punkt 2, wird folgendermaßen abgestimmt:

dafür 12 Stimmen	
Gegenstimmen 14	
Stimmenthaltungen 6	von 32 Stimmberechtigten

Damit ist dem Änderungsantrag, Punkt 2, nicht zugestimmt.

Änderung:

Der Beschlusstext lautet folgendermaßen **neu**:

1. Das als Anlage 1 beigefügte „Integrierte Stadtentwicklungskonzept Suhl 2025“ (Phase II) wird als Arbeitsgrundlage bestätigt.
2. Die aus dem präzisierten Bauflächenkonzept (Anlage 1, Pkt. 4.4) resultierenden Änderungen des Entwurfs des Flächennutzungsplanes der Stadt Suhl werden beschlossen. Für die dort genannten Planverfahren, die abgebrochen werden sollen, sind dem Stadtrat Beschlussvorlagen zur Aufhebung der in diesen Planverfahren bisher gefassten Beschlüsse und zur entsprechenden Änderung der Darstellung der Plangebiete im Entwurf des Flächennutzungsplanes vorzulegen.
3. Anlage 2 wird als Grundlage für die Erstellung vertiefender Planungen zur Umsetzung des „Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Suhl 2025“ bestätigt.
- 4. Die von den Fraktionen vorliegenden Zuarbeiten und Vorschläge sind in die weitere vertiefende Detailbearbeitung einzubeziehen.**
5. Das Stadtentwicklungskonzept ist im Jahre 2013 fortzuschreiben.
6. Über den Umsetzungsstand des ISEK wird regelmäßig im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss informiert. Bis 2025 ist einmal jährlich (April) die Umsetzung im Stadtrat zu thematisieren.
7. Die Beschlussfassung zum „Integrierten Stadtentwicklungskonzept Suhl 2025“ (Phase II) ist öffentlich bekannt zu machen.

Über die geänderte Vorlage 1 wird folgendermaßen abgestimmt:

dafür 30 Stimmen	
Gegenstimmen 2	
Stimmenthaltungen 0	von 32 Stimmberechtigten

Damit ist die geänderte Vorlage 1 beschlossen.

140/37/2010**Vorlage 2:**

Risikoklassifizierung der Stadt Suhl gem. § 19 Abs. 4 i. V. m. § 3 Abs. 3 Thüringer
Feuerwehrorganisationsverordnung

Über die Vorlage 2 wird folgendermaßen abgestimmt:

dafür 32 Stimmen
Gegenstimmen 0
Stimmenthaltungen 0 von 32 Stimmberechtigten

Damit ist die Vorlage 2 beschlossen.

Die Vorlage 3 wird im Tagesordnungspunkt 10 (nichtöffentlicher Teil) behandelt.

141/38/2010**Vorlage 4:**

Neufassung der Verwaltungskostensatzung

Über die Vorlage 4 wird folgendermaßen abgestimmt:

dafür 32 Stimmen
Gegenstimmen 0
Stimmenthaltungen 0 von 32 Stimmberechtigten

Damit ist die Vorlage 4 beschlossen.

Die Vorlagen 5 und 6 werden im Tagesordnungspunkt 10 (nichtöffentlicher Teil) behandelt.

142/39/2010**Vorlage 7:**

Bestätigung der Aufgabenstellung für eine Untersuchung der Zusammenlegung von Bauhof
und Suhler Stadtbetrieb GmbH

Über die Vorlage 7 wird folgendermaßen abgestimmt:

dafür 27 Stimmen
Gegenstimmen 5
Stimmenthaltungen 0 von 32 Stimmberechtigten

Damit ist die Vorlage 7 beschlossen.

Die Vorlage 8 wird im Tagesordnungspunkt 10 (nichtöffentlicher Teil) behandelt.

143/40/2010**Vorlage 9:**

Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan „Kornberg II“, Suhl

Über die Vorlage 9 wird folgendermaßen abgestimmt:

dafür 25 Stimmen	
Gegenstimmen 4	
Stimmenthaltungen 3	von 32 Stimmberechtigten

Damit ist die Vorlage 9 beschlossen.

Die Vorlagen 10 und 11 werden im Tagesordnungspunkt 10 (nichtöffentlicher Teil) behandelt.

Zum Tagesordnungspunkt 7:**Behandlung von Anträgen****144/41/2010****Antrag 1:** (Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport)

Verbleib der Webstühle aus dem Haus Philharmonie

Über den Antrag 1 wird folgendermaßen abgestimmt:

dafür 32 Stimmen	
Gegenstimmen 0	
Stimmenthaltungen 0	von 32 Stimmberechtigten

Damit ist der Antrag 1 beschlossen.

Antrag 2: (Aktiv für Suhl)

Selbstverpflichtung des ZAst zur Verbesserung der Filtertechnik der Müllverbrennungsanlage

Geschäftsordnungsantrag Nr. 20/2010**StR-Mitgl. Herr Korn, DIE LINKE.**

Er beantragt die Verweisung in den Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss mit der Maßgabe, eine sachkundige Grundlage (ökonomisch, ökologisch) unter Mithilfe der Geschäftsleitung der RABA, dem Verein für ein besseres Müllkonzept und dem städtischen Umweltamt zu erörtern, abzustimmen und erneut dem Stadtrat vorzulegen.

Über den GO-Antrag wird folgendermaßen abgestimmt:

dafür 30 Stimmen	
Gegenstimmen 2	
Stimmenthaltungen 0	von 32 Stimmberechtigten

Damit ist dem GO-Antrag zugestimmt und der Antrag 2 in den Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss verwiesen.

StR-Mitgl. Herr Neukirchner verlässt die Sitzung = 31 Stimmberechtigte anwesend.

Geschäftsordnungsantrag Nr. 21/2010

StR-Mitgl. Herr Wehner, CDU

Die Stadt hat die Aufgabe an den ZASt abgegeben, damit ist s. E. die Stadt und damit der Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss nicht mehr zuständig.

Ordnungsdezernentin, Frau Frommann

Korrekt ist, dass die Stadt dem ZASt die Aufgabe übertragen hat. Aber im Ausschuss soll die Angelegenheit nur vorberatend besprochen werden. Das Ergebnis soll dem Oberbürgermeister vorgelegt werden, damit er einen entsprechenden Antrag im ZASt einbringen kann. Das ist möglich.

145A/42/2010

Antrag 3: (SPD), (Realisierung des GO-Antrages Nr. 6/2010 vom 27.01.2010)
Aktualisierung der Schulnetzkonzeption

Antrag des StR-Mitgl. Frau Müller, SPD

Im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport ist der Antrag abgelehnt worden, darum möchte sie, dass die Begründung des Vorsitzenden des Ausschusses im Protokoll festgehalten wird. Wenn Herr Lamprecht jetzt spricht, möchte sie die Aussage ins Protokoll aufgenommen haben.

Bürgermeister, Herr Lamprecht

- Im Antrag sind 2 Punkte enthalten, die bis zum 31.08. nicht zu klären sind;
- Thema Gemeinschaftsschule wird breit diskutiert, aber einen letzten Entwurf bzw. eine Verordnung wird es vor September nicht geben – vorher gibt es keinen Handlungsbedarf;
- die Arbeitsgruppe trifft sich am 07.04. erneut, sie beschäftigt sich fortlaufend mit diesem Thema, daher kann es keine Überraschung geben,
- in Umsetzung des ISEK müssen Entscheidungen getroffen werden;
- sobald es Veränderungsbedarf gibt, werden sie tätig;
- bis zum 31.08. kann nichts konstruktiv wirklich Neues vorgelegt werden.

Über den Antrag 3 wird folgendermaßen abgestimmt:

dafür 5 Stimmen	
Gegenstimmen 26	
Stimmenthaltungen 0	von 31 Stimmberechtigten

Damit ist der Antrag 3 ablehnend beschlossen.

146/43/2010

Antrag 4: (CDU), (Realisierung des GO-Antrages Nr. 7/2010 vom 27.01.2010)
Ansiedlung einer „Naturparkakademie“ in der kreisfreien Stadt Suhl

Empfehlung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport vom 04.03.2010:

Behandlung des Antrages der CDU-Fraktion „Ansiedlung einer „Naturparkakademie“ in der kreisfreien Stadt Suhl“ gemeinsam mit dem Beschluss Nr.: 804/125/2008 vom 24.09.2008 „Berufsakademie am Standort Suhl“.

Über den Antrag 4 wird unter Beachtung der o. g. Empfehlung folgendermaßen abgestimmt:

dafür 31 Stimmen	
Gegenstimmen 0	
Stimmenthaltungen 0	von 31 Stimmberechtigten

Damit ist der Antrag 4 unter Beachtung der o. g. Empfehlung beschlossen.

StR-Mitgl. Herr Neukirchner nimmt wieder an der Sitzung teil = 32 Stimmberechtigte anwesend.

147A/44/2010

Antrag 5: (SPD)
Aktivierung der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen der Stadt Suhl und der Stadt Zella-Mehlis

Über den Antrag 5 wird folgendermaßen abgestimmt:

dafür 10 Stimmen	
Gegenstimmen 13	
Stimmenthaltungen 9	von 32 Stimmberechtigten

Damit ist der Antrag 5 ablehnend beschlossen.

148/45/2010

Antrag 6: (SPD und Freie Wähler Suhl), (Real. GO-Antrag Nr. 14/2010 vom 27.01.10)
Antrag zur Vorhaltung von Fahrzeugen der Feuerwehr

Änderungsantrag der Fraktion Aktiv für Suhl, StR-Mitgl. Herr Hornschuch

Sie beantragen die Änderung des Beschlusspunktes 2 in: Sofern die gegenwärtige Ausstattung der Feuerwehr Suhl hinsichtlich der Gewährleistung der Ausrückezeiten nicht mehr den gesetzlichen Anforderungen entspricht, wird der Oberbürgermeister ermächtigt, die Beschaffung des GW-G einzuleiten.

Über den Änderungsantrag wird folgendermaßen abgestimmt:

dafür 27 Stimmen	
Gegenstimmen 1	
Stimmenthaltungen 4	von 32 Stimmberechtigten

Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

Änderung:

Der Beschlusstext lautet folgendermaßen **neu**:

1. Zum Erwerb eines dringend benötigten Gerätewagens Gefahrgut GW-G sind durch die Verwaltung Vorschläge zu unterbreiten, wie die zur Förderung erforderlichen Eigenmittel i.H.v. ca. 200.000 € für das Haushaltsjahr 2010 bereitgestellt werden können.
2. **Sofern die gegenwärtige Ausstattung der Feuerwehr Suhl hinsichtlich der Gewährleistung der Ausrückezeiten nicht mehr den gesetzlichen Anforderungen entspricht, wird der Oberbürgermeister ermächtigt, die Beschaffung des GW-G einzuleiten.**

Über den geänderten Antrag 6 wird folgendermaßen abgestimmt:

dafür 29 Stimmen	
Gegenstimmen 0	
Stimmenthaltungen 3	von 32 Stimmberechtigten

Damit ist der geänderte Antrag 6 beschlossen.

StR-Mitgl. Herr Weiß verlässt die Sitzung = 31 Stimmberechtigte anwesend.

149A/46/2010

Antrag 7: (Aktiv für Suhl und FDP), (Real. GO-Antrag Nr. 15/2010 vom 27.01.2010)
Entschuldungskonzept für die Stadt Suhl

Über den Antrag 7 wird folgendermaßen abgestimmt:

dafür 8 Stimmen	
Gegenstimmen 14	
Stimmenthaltungen 8	
keine Stimmabgabe 1	von 31 Stimmberechtigten

Damit ist der Antrag 7 ablehnend beschlossen.

Antrag 8: (Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport)

Einordnung der geplanten Mittel für die Sonderausstellungen des Waffenmuseums Suhl

Geschäftsordnungsantrag Nr. 22/2010

StR-Mitgl. Herr Kalkhake, CDU

Er beantragt die Verweisung in den Finanz-, Vergabe- und Rechnungsprüfungsausschuss.

Über den GO-Antrag wird folgendermaßen abgestimmt:

dafür 25 Stimmen	
Gegenstimmen 5	
Stimmenthaltungen 1	von 31 Stimmberechtigten

Damit ist der GO-Antrag angenommen und der Antrag 8 in den Finanz-, Vergabe- und Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen.

Zum Tagesordnungspunkt 8:

Kenntnisnahme von Informationen und Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Die Information 1 wird im Tagesordnungspunkt 10 (nichtöffentlicher Teil) zur Kenntnis genommen.

Information 2:

Information über einen gefassten Beschluss des Hauptausschusses in der 3. Sitzung am 14.01.2010

Information 3:

Zum Stadtratsbeschluss 69/170/2009 vom 28.10.2009 „Bürgerbegegnungsstätte für Suhl-Mäbendorf“

Die Information 4 wird im Tagesordnungspunkt 10 (nichtöffentlicher Teil) zur Kenntnis genommen.

Es wurden keine Eilentscheidungen durch den Oberbürgermeister getroffen.

Zum Tagesordnungspunkt 9:

Behandlung von Anfragen entsprechend § 25 (1) der Geschäftsordnung

. mündliche Anfragen

Anfrage des StR-Mitgl. Herrn Hornschuch, Aktiv für Suhl

- Seine Anfrage bezieht sich auf eine ältere Anfrage;
- die erste Antwort lautete, dass der Oberbürgermeister zur Anfrage keinen Kenntnisstand hat;
- auf Nachfrage, ob er sich den Kenntnisstand verschafft hat, hat er ihm geschrieben, dass er dies nicht gemacht hat, aber er vertraut darauf, dass Andere richtig entscheiden;
- Ist die Antwort auf seine Anfangsfrage vom Oberbürgermeister damit erschöpfend beantwortet?

Oberbürgermeister, Herr Dr. Triebel

Für ihn ist die Anfrage damit umfassend beantwortet.

Anfrage des StR-Mitgl. Herrn Hornschuch, Aktiv für Suhl

- Vor ca. 1 Jahr hat der Oberbürgermeister den Stadtrat über ein Urteil des Oberlandesgerichtes Thüringen zur Frage der Preisgestaltung der SWSZ informiert;
- am heutigen Tag hat der Bundesgerichtshof die Ölpreisbindung für nichtig erklärt;
- ihn interessiert, was der Oberbürgermeister als Aufsichtsratsvorsitzender der SWSZ denkt und ob die SWSZ auf Grundlage dieses BGH-Urteil's selbstständig ihren Kunden gegenüber Rückerstattungen leistet oder ob die Kunden auf den Rechtsweg angewiesen sind.

Oberbürgermeister, Herr Dr. Triebel

Er kennt das Urteil noch nicht, wird sich aber darüber informieren und ihm eine entsprechende Antwort zuleiten.

Anfragen des StR-Mitgl. Frau Leukefeld, Die Linke.

1. - Sie hat Kenntnis davon erhalten, dass die Fraktionen der CDU und SPD aus dem Thüringer Landtag am 29.03.2010 im Stutenhaus eine Veranstaltung zum „Nationalpark Vessertal“ durchführen wollen;
 - Ist die Stadt eingeladen? Ist die Veranstaltung öffentlich?
2. - Der Oberbürgermeister hat heute darüber informiert, dass das Land die Förderung für das Schießsportzentrum erhöht und damit den Eigenanteil der Stadt auf 10% reduziert hat = 80.000 €;
 - Wenn Suhl aber keinen ausgeglichenen Haushalt schafft, wie wird dies dann praktiziert? Kann es nach dem gleichen Weg, wie eben beim GW-G beschlossen, gemacht werden? Oder geht das in dem Fall nicht?

Finanzdezernent, Herr Reigl

Zu 2.:

- Sollte es sich als richtig herausstellen, dass der Fördersatz erhöht und der kommunale Eigenmittelbedarf gesenkt wird, geht es noch um 80.000 €;
- nach der Kostenvorausschau, die bereitgestellt werden müsste, muss der Stadtrat darüber befinden, ob er die Mittel in den HHP-Entwurf einordnen will oder nicht;
- damit ist aber noch nicht die Frage beantwortet, ob in der Phase der vorläufigen Haushaltsführung diese Anschaffung getätigt werden darf;
- ob es eine Unterscheidung zum Thema Feuerwehr gibt, kann er im Moment noch nicht abschließend beurteilen;
- bei der Feuerwehr wird klar auf die Ausrückzeiten/Gefahrenabwehr hingewiesen, aber bei der Förderung SSZ würde er im Zweifel immer die Kollegen der Rechtsaufsichtsbehörde in Weimar zu Rate ziehen;
- bei jeder Förderung muss, bevor der Zuwendungsgeber einen Zuwendungsbescheid erstellt, durch das Landesverwaltungsamt bestätigt werden, dass die Eigenmittelfinanzierung auch gesichert ist;
- dies muss also abgeklärt werden und kann heute nicht mit ja oder nein beantwortet werden;
- am 01.04. hat er turnusmäßig auf den Arbeitstermin einen Termin beim Landesverwaltungsamt, dort wird er dieses Problem ansprechen.

Oberbürgermeister, Herr Dr. Triebel

Zu 1.:

- Eine Einladung an die Stadt liegt nicht vor, aber an den Oberbürgermeister;
- die Einladung ist nicht vom zuständigen Fachministerium ergangen, sondern von den nationalparkpolitischen Sprechern der Fraktionen CDU und SPD;
- die Veranstaltung findet am Montag, 29.03.2010, 19.00 Uhr, im Stutenhaus statt;
- ich lade Sie hiermit herzlich ein.

Folgende Beantwortungen von Anfragen an den Stadtrat bzw. an den Oberbürgermeister wurden im Vorfeld verteilt:

- Anfrage des StR-Mitgl. Frau Csutorka, SPD, vom 27.01.2010, zu einem Grundstück in der Ilmenauer Straße

- Anfrage des StR-Mitgl. Frau Ehrhardt, Freie Wähler Suhl, vom 08.02.2010, zum Verkauf eines Grundstückes in der Aue I

- Anfrage des StR-Mitgl. Herrn Hornschuch, Aktiv für Suhl, vom 16.02.2010, zum Auskunftsrecht des OB bezügl. Sportsponsoring von städtischen Unternehmen

- Anfrage des StR-Mitgl. Herrn Lusky, CDU, in der Stadtratssitzung am 24.02.2010 zur Ausnahmegenehmigung für Taxifahrer bei Arztbesuchen

Noch in Bearbeitung befindliche Anfragen an den Stadtrat bzw. Oberbürgermeister:

- Anfrage des StR-Mitgl. Herrn Hornschuch, Aktiv für Suhl, vom 29.01.2010, zur Vergütung der Mitglieder der Geschäftsführung von Unternehmen, an denen die Stadt mittel- und unmittelbar beteiligt ist

- Anfrage des StR-Mitgl. Herrn Weiß, SPD, in der Stadtratssitzung am 24.02.2010, zum Einsatz von Inhaftierten aus dem offenen und Geldvollzug der JVA bei der Schneeberäumung von Containerstellplätzen

Die StR-Mitgl. Herren Hornschuch und Wehner verlassen die Sitzung = 29 Stimmberechtigte anwesend.

Zum Tagesordnungspunkt 10:
Nichtöffentliche Sitzung

Hiermit erklärt der Vorsitzende die 12. Sitzung des Stadtrates der Stadt Suhl für beendet.

F. Korn

Schriftführerin: Polleit

Folgende Beschlüsse wurden in der 12. Sitzung des Stadtrates Suhl am 24.03.10 gefasst bzw. zur Kenntnis gegeben:

137/34/2010 vom 24.03.10

Protokoll der 11. Sitzung des Stadtrates Suhl am 24.02.2010

138/35/2010 vom 24.03.10

Antrag zum TOP 4: (DIE LINKE., CDU, SPD, Aktiv für Suhl, FDP, Freie Wähler Suhl, Oberbürgermeister)

Gemeinsamer Antrag an den Stadtrat der Stadt Suhl zur Sitzung am 24.03.2010
- Erklärung der Stadt Suhl zur aktuellen Frage der Kreisfreiheit der Stadt Suhl

139/36/2010 vom 24.03.10

Vorlage 1:

Bestätigung des „Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Suhl 2025“ (Phase II)

Änderung:

Der Beschlusstext lautet folgendermaßen **neu:**

1. Das als Anlage 1 beigefügte „Integrierte Stadtentwicklungskonzept Suhl 2025“ (Phase II) wird als Arbeitsgrundlage bestätigt.
2. Die aus dem präzisierten Bauflächenkonzept (Anlage 1, Pkt. 4.4) resultierenden Änderungen des Entwurfs des Flächennutzungsplanes der Stadt Suhl werden beschlossen. Für die dort genannten Planverfahren, die abgebrochen werden sollen, sind dem Stadtrat Beschlussvorlagen zur Aufhebung der in diesen Planverfahren bisher gefassten Beschlüsse und zur entsprechenden Änderung der Darstellung der Plangebiete im Entwurf des Flächennutzungsplanes vorzulegen.
3. Anlage 2 wird als Grundlage für die Erstellung vertiefender Planungen zur Umsetzung des „Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Suhl 2025“ bestätigt.
4. **Die von den Fraktionen vorliegenden Zuarbeiten und Vorschläge sind in die weitere vertiefende Detailbearbeitung einzubeziehen.**
5. Das Stadtentwicklungskonzept ist im Jahre 2013 fortzuschreiben.
6. Über den Umsetzungsstand des ISEK wird regelmäßig im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss informiert. Bis 2025 ist einmal jährlich (April) die Umsetzung im Stadtrat zu thematisieren.
7. Die Beschlussfassung zum „Integrierten Stadtentwicklungskonzept Suhl 2025“ (Phase II) ist öffentlich bekannt zu machen.

140/37/2010 vom 24.03.10

Vorlage 2:

Risikoklassifizierung der Stadt Suhl gem. § 19 Abs. 4 i. V. m. § 3 Abs. 3 Thüringer Feuerwehrorganisationsverordnung

141/38/2010 vom 24.03.10

Vorlage 4:

Neufassung der Verwaltungskostensatzung

142/39/2010 vom 24.03.10

Vorlage 7:

Bestätigung der Aufgabenstellung für eine Untersuchung der Zusammenlegung von Bauhof und Suhler Stadtbetrieb GmbH

143/40/2010 vom 24.03.10

Vorlage 9:

Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan „Kornberg II“, Suhl

144/41/2010 vom 24.03.10

Antrag 1: (Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport)
Verbleib der Webstühle aus dem Haus Philharmonie

145A/42/2010 vom 24.03.10

Antrag 3: (SPD), (Realisierung des GO-Antrages Nr. 6/2010 vom 27.01.2010)
Aktualisierung der Schulnetzkonzeption

146/43/2010 vom 24.03.10

Antrag 4: (CDU), (Realisierung des GO-Antrages Nr. 7/2010 vom 27.01.2010)
Ansiedlung einer „Naturparkakademie“ in der kreisfreien Stadt Suhl

Empfehlung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport vom 04.03.2010:

Behandlung des Antrages der CDU-Fraktion „Ansiedlung einer „Naturparkakademie“ in der kreisfreien Stadt Suhl“ gemeinsam mit dem Beschluss Nr.: 804/125/2008 vom 24.09.2008 „Berufsakademie am Standort Suhl“.

→ unter Beachtung der o. g. Empfehlung beschlossen.

147A/44/2010 vom 24.03.10

Antrag 5: (SPD)
Aktivierung der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen der Stadt Suhl und der Stadt Zella-Mehlis

148/45/2010 vom 24.03.10

Antrag 6: (SPD und Freie Wähler Suhl), (Real. GO-Antrag Nr. 14/2010 vom 27.01.10)
Antrag zur Vorhaltung von Fahrzeugen der Feuerwehr

Änderung:

Der Beschlusstext lautet folgendermaßen **neu**:

1. Zum Erwerb eines dringend benötigten Gerätewagens Gefahrgut GW-G sind durch die Verwaltung Vorschläge zu unterbreiten, wie die zur Förderung erforderlichen Eigenmittel i.H.v. ca. 200.000 € für das Haushaltsjahr 2010 bereitgestellt werden können.
2. Sofern die gegenwärtige Ausstattung der Feuerwehr Suhl hinsichtlich der Gewährleistung der Ausrückezeiten nicht mehr den gesetzlichen Anforderungen entspricht, wird der Oberbürgermeister ermächtigt, die Beschaffung des GW-G einzuleiten.

149A/46/2010 vom 24.03.10

Antrag 7: (Aktiv für Suhl und FDP), (Real. GO-Antrag Nr. 15/2010 vom 27.01.2010)
Entschuldungskonzept für die Stadt Suhl

Beschluss des Finanz-, Vergabe- und Rechnungsprüfungsausschusses Nr. 10/2010 vom 16.02.2010

Bestätigung der außerplanmäßigen Ausgaben im Rahmen der Jahresrechnung 2009 (VWH)
- SRL Baumschutzsatzung

Beschluss des Hauptausschusses Nr. 1/2010 vom 14.01.2010

Protokoll der 2. Sitzung des Hauptausschusses des Stadtrates Suhl am 12.11.2009

Beschluss des Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschusses Nr. 10/2010 vom 10.03.2010

Baumfällantrag für eine Roteiche mit einem Stammumfang über 180 cm in der Flur 26, Flurstück 66/15, Am Bahnhof 14/15, 98529 Suhl

Beschluss des Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschusses Nr. 11/2010 vom 10.03.2010

Baumfällantrag für 4 Eschen mit einem jeweiligen Stammumfang über 180 cm in der Flur 37, Flurstück 195, Steinweg 39, 98527 Suhl

Information zur Umsetzung des Stadtratsbeschlusses 69/170/2009 vom 28.10.2009

Bürgerbegegnungsstätte für Suhl-Mäbendorf

Folgende Anträge wurden in der 12. Sitzung des Stadtrates Suhl am 24.03.10 in Ausschüsse verwiesen:

Antrag 2: (Aktiv für Suhl)

Selbstverpflichtung des ZASt zur Verbesserung der Filtertechnik der Müllverbrennungsanlage

→ in den Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss verwiesen.

Antrag 8: (Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport)

Einordnung der geplanten Mittel für die Sonderausstellungen des Waffenmuseums Suhl

→ in den Finanz-, Vergabe- und Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen.

Folgende Beschlüsse wurden in der 12. Sitzung des Stadtrates Suhl am 24.03.10 im nicht öffentlichen Teil gefasst bzw. zur Kenntnis gegeben:

150/47/2010 vom 24.03.10

Vorlage 3: (n.ö.T.)

Abschluss eines Jagdpachtvertrages über den städtischen Eigenjagdbezirk Dietzhausen (1) zum 01.04.2010

151/48/2010 vom 24.03.10

Vorlage 5: (n.ö.T.)

Zustimmung der Gesellschafterversammlung zum Jahresabschluss sowie Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates der Suhler Stadtbetrieb GmbH für das Geschäftsjahr 2008

152/49/2010 vom 24.03.10

Vorlage 6: (n.ö.T.)

Zustimmung der Gesellschafterversammlung zum Jahresabschluss sowie Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates der Suhler Werkstätten gGmbH für das Geschäftsjahr 2008

153/50/2010 vom 24.03.10

Vorlage 8: (n.ö.T.)

Pachtvertrag Solarpark 1. Teilabschnitt

154/51/2010 vom 24.03.10

Vorlage 10: (n.ö.T.)

Veränderung in der Geschäftsführung einer Suhler gGmbH

155/52/2010 vom 24.03.10

Vorlage 11: (n.ö.T.)

Verkauf des Grundstückes in Suhl, Flur 80, Flurstück 111/98, Größe: 1889 m²

Beschluss des Finanz-, Vergabe- und Rechnungsprüfungsausschusses Nr. 09/2010 vom 16.02.2010 (n.ö.T.)

Protokoll Nr. 01/2010 der 10. Sitzung des FVR am 19.01.2010

Beschluss des Finanz-, Vergabe- und Rechnungsprüfungsausschusses Nr. 11/2010 vom 16.02.2010 (n.ö.T.)

Auftragsvergabe Projektsteuerung – gemäß HOAI und BGB für das Projekt: Erschließung des Industrie- und Gewerbegebietes Sehmar 2. BA

Beschluss des Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschusses Nr. 09/2010 vom 10.03.2010 (n.ö.T.)

Protokoll Nr. 06/2010 der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 10.02.2010

Beschluss des Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschusses Nr. 12/2010 vom 10.03.2010 (n.ö.T.)

Verkauf einer noch zu vermessenden Teilfläche von ca. 800 m² des Grundstückes in Suhl, Flur 96, Flurstück 87

Beschluss des Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschusses Nr. 13/2010 vom 10.03.2010 (n.ö.T.)

1. Aufhebung des Beschlusses Nr. 45/2008 vom 03.12.2008
2. Verkauf des Grundstückes in Suhl, Flur 81, Flurstück 14/4, Größe: 636 m²